



An der Luga kann die Bevölkerung den Durchgangsbahnhof Luzern in einer Sonderschau interaktiv erleben. Foto Keystone

Luga mit Albert Rösti eröffnet

PUBLIKUMSMESSE Die Zentralschweizer Frühlingsmesse Luga hat am Freitag offiziell gestartet. Zur Eröffnungsfeier erschienen Bundesrat Albert Rösti, Luzerner Regierungsrat Fabian Peter sowie 500 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft.

Bundesrat Albert Rösti lobte in seiner Eröffnungsrede die Organisatoren der Luga: «Sie gehen mit der Zeit und legen Wert darauf, dass für jede und jeden etwas dabei ist», wie sich Rösti in der Mitteilung der Luga vom Freitag zitieren lässt.

Auch Regierungsrat Fabian Peter wusste nur Positives zu berichten. An der Luga würden Ideen getestet und vorgestellt. Es träfen hier Stadt und Land aufeinander und es fänden Dia-

loge über Grenzen hinweg statt, sagte dieser in seiner Rede.

In den Dialog mit der Bevölkerung treten will der Kanton Luzern mit der Sonderschau «Durchgangsbahnhof Luzern». In dieser können die Besucherinnen und Besucher den neuen Bahnhof erstmals interaktiv erleben. Weitere Sonderschauen gibt es zu den Themen Pferd, Moviecars und Cosplay, Energie und Klima sowie «Stokys» – Metallbaukastensysteme für Kinder, Schulen und Modellbauer.

An der Luga sind insgesamt 450 Unternehmen und Organisationen mit dabei, wie es weiter heisst. Neben dem bewährten Luna-Park wurde dieses Jahr der «LuGarten» – eine neue Gastro- und Begegnungszone – mit einem vielfältigen kulinarischen Angebot lanciert. Ebenfalls nicht fehlen dürfen musikalische Veranstaltungen sowie der Streichelhof. Die Messe dauert bis zum 5. Mai. sda

Akademischer Beiname

LUKS Das Luzerner Kantonsspital (Luks) darf sich künftig «Universitäres Lehr- und Forschungsspital» nennen. Der Regierungsrat hat das Spital ermächtigt, diesen Namenszusatz zu verwenden.

Mit dem Beinamen werde die «langjährige und erfolgreiche Lehr- und Forschungsleistung» des Luks gewürdigt, teilte die Staatskanzlei am Freitag mit. Der Namenszusatz werde eine positive Wirkung auf die Attraktivität des Spitals als Arbeitgeber so wie beim Zugang auf Forschungsmittel haben. Das Luks positioniere sich damit als «attraktive,

moderne und zukunftsgerichtete Klinik und Bildungsstätte.»

Der Entscheid sei in Absprache mit dem Regierungsrat des Kantons St. Gallen gefällt worden, wo sich das Kantonsspital St. Gallen in der gleichen Situation befindet wie das Luks, hiess es in der Mitteilung der Luzerner Staatskanzlei. Aus dem Namenszusatz könnten keine rechtlichen oder finanziellen Ansprüche abgeleitet werden.

An der Universität Luzern kann, in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich, seit 2020 Humanmedizin studiert werden. Allerdings handelt es sich nicht um eine Vollfakultät. Deswegen darf sich das Luks nicht «Universitäts-spital» nennen, sondern nur «Universitäres Lehr- und Forschungsspital». sda

Gegenentwurf kommt erst im Herbst

KITA-INITIATIVE Der Regierungsrat hat beim Kantonsrat mehr Zeit für die Unterbreitung des Gegenentwurfs zur SP-Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» beantragt. Er begründet dies damit, zuerst die Vernehmlassungsergebnisse abwarten zu wollen.

Das Vernehmlassungsverfahren zum Gesetzesentwurf für ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung startete Anfang April und dauert bis Ende Juni, wie die Luzerner Regierung am Donnerstag mitteilte.

Die Ergebnisse der Vernehmlassung will sie bei der Erarbeitung der Botschaft und des Gegenentwurfs angemessen berücksichtigen. Dazu benötigt die Regierung mehrere Monate. Frühestens im Herbst will sie die Unterlagen dem

Kantonsparlament unterbreiten. Der Gegenentwurf der Regierung sieht unter anderem vor, erwerbstätige Eltern mit tiefen und mittleren Einkommen mit Betreuungsgutscheinen von den Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung zu entlasten, wie die Regierung Anfang April mitteilte. Weiter will die Regierung Mindestqualitätsvorgaben für Kindertagesstätten einführen.

Kritik der SP

Die SP Kanton Luzern hat die Luzerner Regierung für ihr «planloses Vorgehen» bei der Erarbeitung eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» kritisiert. Dass die Regierung die Unterbreitung des Entwurfs ein zweites Mal nach hinten verschoben hat, stösst bei der Kantonalpartei auf Unverständnis.

Ein tatsächliches Bekenntnis der Regierung für einen ernst gemeinten Gegenvorschlag sei mit der erneuten Ver-

zögerung infrage gestellt, schrieb die SP Kanton Luzern in einer Mitteilung vom Freitag. Sie fordert von der Regierung ein «echtes» Bekenntnis, dass sie die familienergänzende Kinderbetreuung tatsächlich stärken will.

Eine erneute Verzögerung hemme die dringend benötigten Weiterentwicklungen in der Branche auf kommunaler Ebene. Die damit vermittelte Unsicherheit sei für Kitas zur Zeit des akuten Fachkräftemangels ein fatales Zeichen, so die Partei.

Die SP Kanton Luzern lancierte die Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» im Sommer 2022. Sie fordert unter anderem, dass die Kita-Tarife einkommensabhängig sein und die Eltern für nur maximal 30 Prozent der Vollkosten pro Kind aufkommen sollen. Die SP hatte den Gegenvorschlag der Regierung in einer Stellungnahme von Anfang April als «Minimalvariante» bezeichnet, die zu wenig weit gehe. sda

Konstanz macht Freude

SGF ZENTRALSCHWEIZ Knapp 50 Frauen nahmen an der 136. GV des Gemeinnützigen Frauenvereins Zentralschweiz SGF teil. Trotz leicht roten Zahlen will der SGF mit seinem «Herzkonto» künftig noch mehr Frauen und deren Familien unterstützen.

2023 war ein Jahr der Stabilität. Das zeigte sich an der GV des Gemeinnützigen Frauenvereins Zentralschweiz SGF, die im Hotel Waldstätterhof in Luzern stattfand. Der sechsköpfige Vorstand, der an der letzten GV nochmals verjüngt wurde, arbeitet in unveränderter Besetzung weiter. Und in den Leitungsteams der 18 angeschlossenen Sektionen gab es nur einen einzigen Wechsel: Luzia Rölli-Bucher, die sich während 14 Jahren im Vorstand von Frauenimpuls Willisau engagierte, übergab ihre Aufgaben im Leitungsteam an Susanne Röth-Koch. SGF-Zentralschweiz-Präsidentin Ruth Aregger bedankte sich bei beiden Frauen aus Willisau für das grosse Engagement.

Unkompliziert helfen

Vor einigen Jahren hat der SGF Zentralschweiz das «Herzkonto» lanciert. Damit will der Verein Frauen und Familien unterstützen, die sich in einer



Wechsel im Leitungsteam von Frauenimpuls Willisau. Von links: Die abtretende Luzia Rölli-Bucher, SGF-Zentralschweiz-Präsidentin Ruth Aregger und Susanne Röth-Koch, neu. Foto boa

schwierigen finanziellen Situation befinden. Dank Spenden konnte der SGF Zentralschweiz in den letzten Jahren immer wieder schnell und unbürokratisch helfen. Damit das Angebot noch besser zu den betroffenen Frauen kommt, plant der SGF, die Antragstellung für Sozialarbeitende zu vereinfachen. Das erklärte Vorstandsfrau Katrin Leuenberger, die für das Herzkonto zuständig ist. Unbestritten ist, Frauen und Familien in Not auch künftig zu unterstützen. Und dies, obwohl der SGF Zentralschweiz das letzte Vereinsjahr mit roten Zahlen abschloss.

Defizit abgedeckt

Die Rechnung 2023 weist einen Verlust von 4700 Franken aus. «Dank dem

neu erhobenen Jahresbeitrag sind die Zahlen nur noch hellrot», sagte die Finanzverantwortliche Irene von Wyl. Erstmals in seiner Geschichte erhob der SGF Zentralschweiz 2023 von den Sektionen einen Jahresbeitrag. Er setzt sich aus einem Sockelbeitrag von 100 Franken pro Verein und 30 Rappen pro Mitglied zusammen. Mit dieser Massnahme kann das strukturelle Defizit des Vereins abgedeckt werden. Rechnung, Budget, Jahresbeitrag und alle weiteren Traktanden wurden einstimmig genehmigt. Mindestens ebenso wichtig wie die offiziellen Traktanden ist an der GV der Austausch. Dafür hatten die Frauen beim anschliessen des gemeinsamen Nachsessens ausgiebige Zeit. boa

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Andreas Bärtschi
FDP, Altishofen

«Schaffe, schaffe Häusle baue.» Dieses Sprichwort stammt ursprünglich von einem deutschen Schlagersänger und wurde auf verschiedene Art und Weise musikalisch interpretiert. Der Ur-

«Schaffe, schaffe, Häusle bauen»

sprung des Sprichworts liegt über 130 Jahre zurück und trotzdem ist es aktueller denn je. In einer repräsentativen Umfrage gaben 87% bekannt, dass sie gerne einmal in ihren eigenen vier Wänden wohnen möchten.

In den letzten Wochen und Monate wurde wieder vermehrt über den «Traum vom Eigenheim» gesprochen und ob dieser heute noch realistisch

ist. Oftmals kann das Ziel Wohneigentum nicht mehr aus eigener Kraft, ohne die grosszügige finanzielle Unterstützung der Eltern, erreicht werden. Fakt ist, dass sich die Immobilienpreise in der Schweiz seit der letzten Immobilienkrise 1990 mehr als verdoppelt haben. Im gleichen Zeitraum hat der Median-Lohn nur um rund 40% zugenommen. Dies verdeutlicht, dass für viele der Eigenheim-Wunsch in den vergangenen Jahren in die Ferne gerückt ist.

Verständlicherweise bewegt das Thema «Wohnen» auch den Luzerner Kantonsrat. Von 54 traktandierten Geschäften haben nicht weniger als 15 Geschäfte direkt oder indirekt mit Wohneigentum zu tun. Das Thema wird von verschiedenen Seiten angegangen. So werden wir die Änderung des kantonalen Energiegesetzes beraten. Es geht dabei um den «Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbarer Energie und die Stromversorgungssicherheit». Mit der Anpassung werden die Hauseigentümer stärker in die Pflicht genommen. Dabei sieht man exemplarisch einen Interessenkonflikt. Durch die höheren Vorschriften wird das Bauen und somit das Eigenheim

nicht günstiger. Auf der anderen Seite müssen die Hauseigentümer ihren Beitrag zur Energiewende und vor allem auch zur Energie-Sicherheit beisteuern.

Aber nicht nur die höheren Vorschriften verteuern das Bauen, leider sind es auch bürokratische Prozesse, welche das Bauen verteuern und vor allem auch den Zubau von benötigtem Wohnraum verzögern. Ich komme zurück zum Sprichwort vom Anfang und zum Lied der «drei Halodries» aus dem Jahre 1965. Sie singen: «Wer ein Häusle baut, wird ganz von selber monogam und das Erste, was ihn fertig macht ist der Behördenkram.» Eine ganze Reihe von Vorstössen der bürgerlichen Parteien fordert eine Anpassung und Vereinfachung der Baubewilligungsverfahren. Gaudenz Zemp (FDP) fordert in seinem Postulat die generelle Anpassung der Baubewilligungsverfahren, während ich mit einem Postulat die Digitalisierung des Verfahrens fordere. Michael Kurmann (Mitte) fordert eine Überprüfung von regionalen Baubewilligungszentren und Thomas Gfeller (SVP) will die Arbeit von Fachkommissionen und Expertengruppen optimieren. In einem weiteren Vorstoss fordere ich die Anpas-

sung der sogenannten «vereinfachten Baubewilligungsverfahren». Die vielen Vorstösse, aber auch die zahlreichen Reaktionen auf die eingereichten Vorstösse zeigen, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Doch nicht nur das Parlament sieht den Handlungsbedarf, auch die Kantonsregierung will sich dem Thema annehmen. Sie beantragt vier der fünf genannten Vorstösse vollständig und ein Vorstoss teilweise zu überweisen.

Bei der 2. Strophe des angesprochenen Liedes wird gesungen: «Einspruch hin, Einspruch her, wer bauen will hats schwer.» Leider hat auch diese Passage rund 60 Jahre nach der Veröffentlichung ihre Aktualität nicht verloren. Das SRF titelte in einem Online-Beitrag vom 7. Februar 2024: «Beliebtes Rechtsmittel. Einsprachen – die fünfte Landessprache der Schweiz?» Auch die Einsprachen führen dazu, dass die Verfahren länger und teuer werden. So ergab 2023 eine Studie, dass im Durchschnitt von der Eingabe bis zur Baubewilligung rund 140 Tage verstreichen. Dies sind knapp 70% mehr als noch 2010. Auch dieses Problem wurde erkannt und Sibylle Boos-Braun (FDP) fordert in ihrem Postulat Massnahmen

zur Beschleunigung des Einsprache- und Beschwerdewesens bei Baubewilligungsverfahren. Auch dieser Vorstoss wird durch den Regierungsrat und den zuständigen Baudirektor Fabian Peter unterstützt.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie sehen, nebst vielen anderen Themen werden wir uns an den beiden Sessionstagen Anfang Mai auch mit den «Bauen» und «Wohneigentum» auseinandersetzen. Auch wenn dabei viele Interessen aufeinandertreffen, setzen wir uns für einfachere und schnellere Verfahren ein, damit man in Zukunft nach dem «schaffe, schaffe» eben auch «Häusle bauen» kann.

Gerne nutze ich diese Gelegenheit hier, um den (neu-)gewählten Gemeinderatsmitgliedern in unserem Wahlkreis zu gratulieren. Herzlichen Dank für das Engagement, welches Ihr für eure Gemeinden leistet. Wir brauchen starke Persönlichkeiten für starke Gemeinden. Der Kanton Luzern ist nur so stark, wie es auch seine Gemeinden sind. In diesem Sinne freue ich mich auf die Zusammenarbeit, dass wir die Luzerner Gemeinden uns unseren Kanton erfolgreich weiterbringen.